STANDORTANWALT WIEN

ÜBERSICHT

1. Was macht der Standortanwalt?
2. Welche Rechtsgrundlagen?
3. UVP-Verfahren nach Corona
4. Infrastruktur Großprojekte
5. Vorschläge für die Wirtschaft

1. Was macht der Standortanwalt?

a. Darstellen des **Nutzens von Infrastrukturprojekten** in Verfahren und Öffentlichkeit (Arbeitsplätze, Steueraufkommen, SV-Beiträge, BRP-Wachstum, Einkommen, Tourismus etc.)

b. Erstellen von **Modellrechnungen**, Studien, Sachstandsberichten und Stellungnahmen zu Projekten

c. Vorbringen dieser Erkenntnisse in **Genehmigungsverfahren**, beim Standortentwicklungsbeirat und in der **Öffentlichkeit** (immer in Abstimmung mit dem Projektwerber!)

2. Rechtliche Grundlagen
Rechtliche Grundlage 1: Novelle UVP-G 2000

§ 2 Abs 6 UVP-G 2000:

„Standortanwalt ist ein Organ, das vom Bund oder vom betroffenen Land besonders dafür eingerichtet wurde, die öffentlichen Interessen an der **Verwirklichung** (!) eines Vorhabens im Verwaltungsverfahren wahrzunehmen."

RECHTLICHE GRUNDLAGE 2: NOVELLE UVP-G 2000

§ 19 Abs 12 UVP-G 2000:

„Der Standortanwalt hat im Genehmigungsverfahren **Parteistellung** und ist berechtigt, die Einhaltung von Vorschriften über öffentliche Interessen, die für die Verwirklichung des Vorhabens sprechen, geltend zu machen und zur Einhaltung dieser Vorschriften Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht sowie Revision an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben.“

RECHTLICHE GRUNDLAGE 3: NOVELLE WKG 1998

§ 20 Abs 3 WKG 1998:

- Die **Landeskammern** werden im übertragenen Wirkungsbereich als Standortanwalt gemäß dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000-UVP-G2 1000, BGBl. Nummer 697/1993, tätig, wenn das Vorhaben Auswirkungen auf das jeweilige Land als Wirtschaftsstandort hat.
- Bei der Besorgung dieser Aufgabe unterliegen sie den Weisungen der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Standortanwalt Wien

WKO WIEN
WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

Ausbau der Wiener Straßenbahnen
grenzenlos!

Standortanwalt Wien

WKO WIEN
WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

- Investments Flughafen Wien (z.B.: Bau Office Park 4)
- Ausbau klimafreundliche Mobilität (ÖBB)
- Leitprojekte in der Gesundheitswirtschaft
- Lobautunnel - Bau S1-Abschnitt 2
- Modernisierung Öffentlicher Raum
- Straßenbahn-Ausbau
- Fernbusterminal
- Wiener Brückenschutzprogramm
- Güter- und Mobilitätshub Heldenplatz
- Modernisierung Stadthalle
- Konjunkturpaket Wien

Standortanwalt Wien

Gesamteffekte durch **Bauprojekte**

Investitionskosten
6,0 Mrd. Euro

Jobs Wien
45.960

Jobs Ö gesamt
71.783

Bruttowertschöpfung
4.406,8 Mio. Euro

Bruttoregionalprodukt (BRP)
4.753,1 Mio. Euro

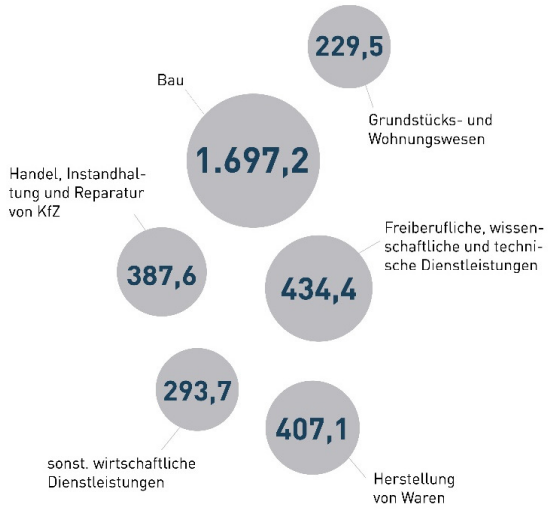
BIP Österreich
7.737,1 Mio. Euro

Steuern und Abgaben in Österreich
2.908,7 Mio. Euro

Preisbasis 2020 | Quelle: GAW, 2020

Effekte Bauprojekte
nach den wichtigsten **Wirtschaftsbranchen**

Bruttowertschöpfung (Mio. EUR)



Unselbständig Beschäftigte (Jahresvollzeitäquivalente)

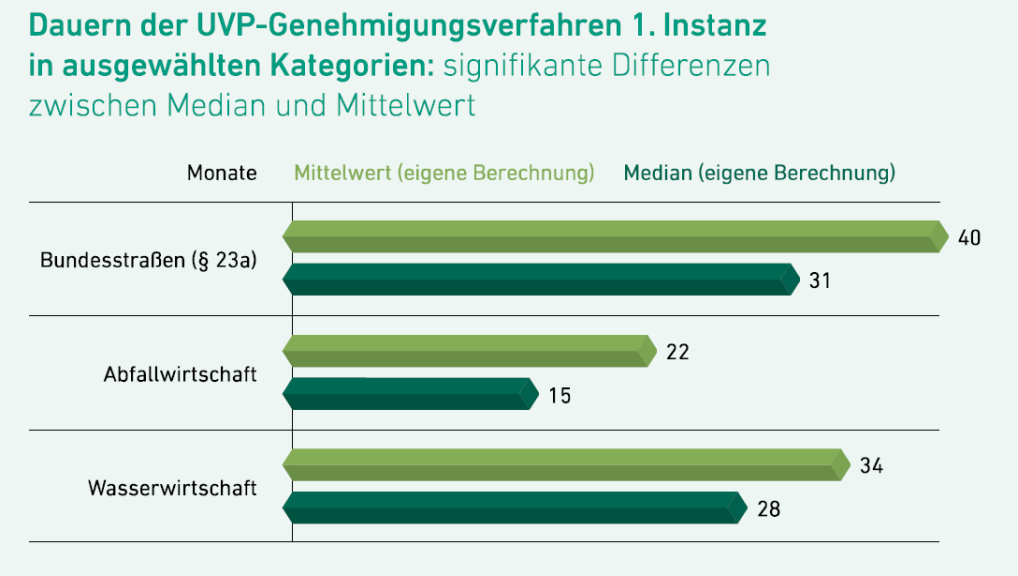
UVP-Verfahren nach Corona

- Vertrauen in Wirtschaftsstandort wichtig
- rechtlicher Rahmen von besonderer Bedeutung:
  - inhaltlich vorhersehbare Entscheidungen
  - berechenbare und möglichst kurze Verfahrensdauer
  - erfüllbare inhaltliche Anforderungen an Antragsunterlagen

„Kosten- / Nutzen-Relation“

Befund Verfahrensdauer

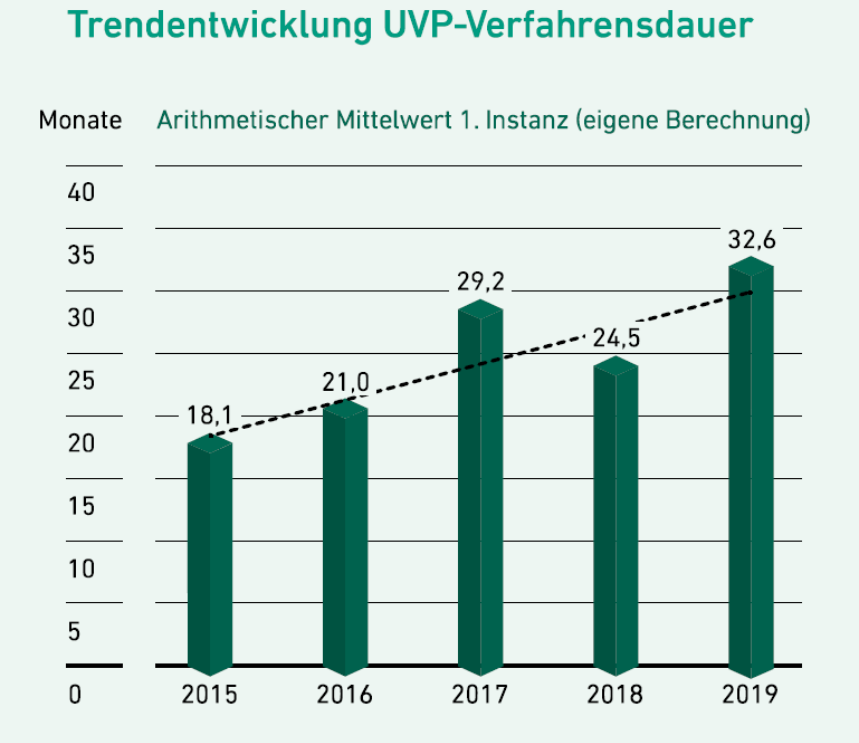
- UVP-Verfahren dauern in Österreich zu lange
- UBA-Verfahrens-monitoring mit Median nicht aussagekräftig



Quelle: Berechnung WKÖ

Steigender Trend

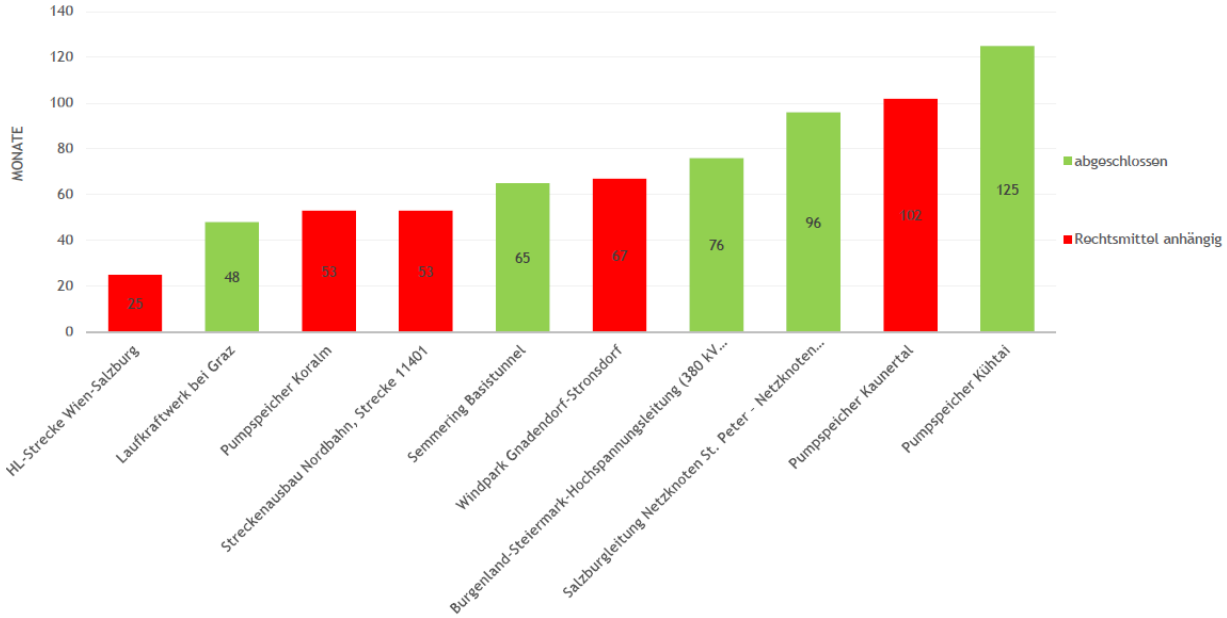
- die UVP-Verfahren dauern immer länger …



Quelle: Berechnung WKÖ

Einige ausgewählte Projekte

Dauer der Genehmigungsverfahren gemäß UVP-G in Monaten (ohne Vorverfahren)



Quelle:
UVP-Datenbank des Umweltbundesamts
(Stand 27.01.2021)

Es besteht Handlungsbedarf

- komplizierte, langwierige UVP-Verfahren gefährden:
  - Neustart der Wirtschaft nach COVID19
  - Energie- und Mobilitätswende
  - Erreichen der österr. Klimaziele

Infrastruktur-Großprojekte

- Leistungsfähige Infrastruktur ist standortrelevant:
  - Wien wächst – die Infrastruktur muss mitwachsen
  - Investitionen in Infrastruktur stärken viele Branchen, Verzögerungen gefährden den Wirtschaftsaufschwung

Verzögerte Großprojekte in Österreich …

Anzahl:	15 Projekte
Investitionssumme:	8,2 Mrd. Euro
Wertschöpfung:	9,1 Mrd. Euro
Beschäftigte:	83.000 VZÄ
Steuern u. Abgaben:	3,7 Mrd. Euro

Quelle: GAW 2020, eigene Berechnungen WKO
VZÄ = Jahresvollzeitäquivalente

… davon 4 Wiener Projekte

	Effekte in Wien	Effekte in Österreich gesamt
Investitionssumme:	1,9 Mrd. Euro	3,0 Mrd. Euro
Bruttowertschöpfung:	1,1 Mrd. Euro	*)
Beitrag zum BRP/BIP:	1,2 Mrd. Euro	2,4 Mrd. Euro
Beschäftigte:	11.800 VZÄ	22.200 VZÄ
Steuern und Abgaben:	*)	870 Mio. Euro

Quelle: GAW 2020, eigene Berechnungen WKW
*) keine Daten vorhanden
VZÄ = Jahresvollzeitäquivalente

Welche Branchen profitieren besonders?

- Bauwirtschaft
- Handel
- Dienstleister, freiberuflich, wissenschaftlich und technisch
- Produktionssektor

Großprojekte schaffen / sichern qualitativ hochwertige Arbeitsplätze

Die 3 Genehmigungsfallen

1. Die **Stellungnahmenspirale**
   Das *pertetuum mobile* der Verfahrensdauer
2. Die **Basarbremse**
   teure Ausgleichsmaßnahmen
3. Die **Mehrfachbeamtenmühle**
   Föderalismus führt zu Mehrfachprüfungen

Standortanwalt Wien

WKO WIEN
WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

Problem Stellung-nahmen Endlos-schleifen

am Beispiel
S1 - Lobautunnel

30.01.2006	**Start Vorverfahren und UVE**
26.03.2009	**Genehmigungsantrag und UVE**
anschl.	behördlicher Verbesserungsauftrag, diverse Verbesserungen, Projekt-änderungen, etc
13.10.2011	**öffentliche Auflage (7 Wochen)**
	Ergebnis: ca. 100 Stellungnahmen / Einwendungen fristgerecht, ergänzende Stellungnahmen von Global 2000, Verein „Forum Wissenschaft & Umwelt“, Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf und BI „Rettet die Lobau – Natur statt Beton“ nach Auflagefrist
19.11.2012	**mündliche Verhandlung (4 Tage)**
27.03.2013	ergänzendes Parteienvorbringen „Rettet die Lobau – Natur statt Beton“
28.03.2013	ergänzendes Parteienvorbringen Global 2000
28.05.2013	ergänzendes Parteienvorbringen „Forum Wissenschaft & Umwelt“
14.06.2013	ergänzendes Parteienvorbringen „Forum Wissenschaft & Umwelt“
Sept. 2013	weitere Stellungnahme Verein „Alliance for Nature“
Sept. 2013	weitere Stellungnahme Global 2000
Sept. 2013	weitere Stellungnahme „Rettet die Lobau - Natur statt Beton“
Sept. 2013	weitere Stellungnahme BI „Marchfeld – Groß Enzersdorf“
Sept. 2013	weitere Stellungnahme „Forum Wissenschaft & Umwelt“
Nov. 2013	weitere Stellungnahme „Rettet die Lobau - Natur statt Beton“
Dez. 2013	weitere Stellungnahme Global 2000
Dez. 2013	weitere Stellungnahme „Forum Wissenschaft & Umwelt“
März 2014	weitere Stellungnahme Global 2000
März 2014	weitere Stellungnahme „Rettet die Lobau - Natur statt Beton“
Apr. 2014	weitere Stellungnahme „Forum Wissenschaft & Umwelt“
Juni 2014	weitere Stellungnahme Global 2000
Juni 2014	weitere Stellungnahme „Rettet die Lobau - Natur statt Beton“
Juli 2014	weitere Stellungnahme Global 2000
Juli 2014	weitere Stellungnahme „Rettet die Lobau - Natur statt Beton“
2014	175 Stellungnahmen/Einwendungen bzgl. öffentliche Auflage von Unterlagen hins. Bundesstraßen-Lärmimmissionsschutzverordnung
2014	207 Stellungnahmen/Einwendungen im Zuge des Parteiengehörs BStLärmV
26.03.2015	**Genehmigungsbescheid**
31.03.2015	**öffentliche Auflage (8 Wochen)**

Vorschläge der Wirtschaft 1

- Strukturierung des UVP-Verfahrens:
  - Vermeidung von Verzögerungen durch prozessuale Fristen für Stellungnahmen und Beweisanträge
  - Instrument „Schluss des Ermittlungsverfahrens“ muss gelebt werden

Jede Partei soll ihre berechtigten Interessen einbringen können, aber zur richtigen Zeit, um Endlosschleifen zu vermeiden.

Problem Ausgleichsmaßnahmen

VwGH-Erkenntnis, 22.11.2018, „Speicherkraftwerk Kühtai“

Ro 2017/07/0033 bis 0036

Aufhebung UVP-Genehmigung …

„Auch der Umstand, dass das vorzulegende Maßnahmenkonzept ua die Angabe "Flächensicherung (Status der Flächenverfügbarkeit/- sicherung)" zu enthalten hat, hilft nicht weiter, gewährleistet doch diese Angabe noch nicht die rechtliche Verfügbarkeit über diese Flächen, sondern hat lediglich deskriptiven Charakter. Entgegen der Annahme der mitbeteiligten Partei in der Revisionsbeantwortung handelt es sich dabei um keinen Nachweis der Flächensicherung.“

Vorschläge der Wirtschaft 2

- Erleichterungen bei Ausgleichsmaßnahmen:
  - Entkoppelung vom eigentlichen Genehmigungsverfahren – Nachweis der Zustimmung der Liegenschaftseigentümer erst wenn klar ist, **welche** Ausgleichsmaßnahmen **wo** erforderlich sind
  - Maßnahmenpool, der seitens des Landes geprüft und „freigegeben“ wird

Problem Interessenabwägung

VwGH-Erkenntnis, 22.11.2018, „Speicherkraftwerk Kühtai“

Ro 2017/07/0033 bis 0036

Versagung der UVP-Genehmigung aus Naturschutzgründen, obwohl Projekt nach Naturschutzrecht genehmigungsfähig …

„Das Immissionsverbot des § 17 Abs. 2 Z 2 lit. b UVP-G 2000 sieht daher - bezogen auf den Eingriff in (wie hier: nicht in Naturschutzgebieten liegende) Feuchtgebiete - ein höheres Schutzniveau vor als im TNSchG 2005 gewährleistet. Diese Bestimmung gelangt daher im UVP-Verfahren ua neben den anzuwendenden Vorschriften des TNSchG 2005 zur Anwendung.“

Vorschläge der Wirtschaft 3

- Interessenabwägung fair gestalten:
  - festgestellte überwiegende Interessen aus den Materiengesetzen müssen auch für das UVP-Verfahren gelten
  - keine Doppelprüfungen derselben Frage nach Materiengesetz und UVP-Gesetz

Problem teilkonzentrierte Verfahren

am Beispiel S1 - Lobautunnel

Zeitverzögerungen durch mehrmaliges Aufkochen ähnlicher Themen …

26.03.2015	Genehmigungsbescheid UVP (BMVIT), Revision bei VwGH anhängig
20.08.2020	Genehmigungsbescheid Naturschutz- und Nationalparkrecht (Land Wien, MA 22), Beschwerde beim BVwG anhängig
19.02.2021	Genehmigungsbescheid Naturschutzrecht (NÖ, BH Bruck/Leitha), Beschwerde zu erwarten
19.02.2021	Genehmigungsbescheid Naturschutzrecht (NÖ, BH Gänserndorf), Beschwerde zu erwarten
offen	Genehmigungsbescheid Wasserrecht (Amt Wiener LReg, MA 58)
offen	Genehmigungsbescheid Wasserrecht (Amt NÖ LReg, Abt Anlagenrecht – WST1)

Vorschläge der Wirtschaft 4

- Bahn- und Straßenprojekte beschleunigen:
  - volle Verfahrens- und Entscheidungskonzentration auch für Projekte des 3. Abschnittes
  - Evaluierung europarechtlicher Spielräume im Natur- und Artenschutz – Best-Practice für alle Bundesländer!
  - das spart Zeit und Geld

Wichtig für die angestrebte Mobilitätswende und den Klimaschutz!